

Der Heilige Stuhl und die Abrüstung

Anmerkungen zu einem römischen Dokument

Von Heinz Trettner

Im folgenden veröffentlichen wir das erste Kapitel des ersten Teiles des von der Päpstlichen Kommission »Justitia et Pax« herausgegebenen Dokuments »Der Heilige Stuhl und die Abrüstung«. Dieser erste Teil steht unter dem Titel »Abrüsten«. Der zweite ist überschrieben mit »Den Krieg durch andere Methoden ersetzen«. Der Heilige Stuhl hat das Dokument im Frühjahr 1976 als Antwort auf die Anforderung der Generalversammlung der UN vom 12. Dezember 1975 durch seinen ständigen Beobachter Msgr. Giovanni Cheli den Vereinten Nationen zugeleitet. Von diesen wurde es an die Vertreter aller Mitgliedstaaten verteilt. – Der in französischer Sprache verfaßte Text erschien am 3. Juni 1976 im »Osservatore Romano«. Übersetzungen liegen vor in Deutsch, Englisch, Italienisch, Portugiesisch und Spanisch unter der Verantwortung der Päpstlichen Kommission »Justitia et Pax«, Palazzo San Calisto, Vatikanstadt. – Es verdient in Erinnerung gebracht zu werden, daß diese Päpstliche Kommission am 6. Januar 1967 ad experimentum eingerichtet und am 16. Dezember 1976 durch Motu Proprio in den Rang eines ordentlichen Kurienorgans erhoben wurde. Im Jahre 1977 wurde die Hälfte des Personalbestandes der Kommission erneuert.

Das Motto des Heiligen Vaters zum diesjährigen Weltfriedenstag lautete: »Nein zur Gewalt – ja zum Frieden«. Jeder Christ, jeder Mensch guten Willens wird diesem Motto zustimmen, weil das Gut, zu dessen Verwirklichung und Stärkung hier aufgerufen wird, eines der höchsten und notwendigsten für das Wohl der Menschheitsfamilie ist. Es dürfte auch keine Frage sein, daß die überwiegende Zahl der Menschen aller Kontinente und aller Religionen der Kirche eine besondere Legitimation, in dieser Frage zu mahnen und zu fordern, zuerkennt, ja geradezu darauf wartet, daß die Kirche ihr Wächteramt wahrnehme. Wenn es sich aber so verhält, dann ist die Verantwortung für alle diejenigen vatikanischen Instanzen, die an der Realisierung und Konkretisierung des Wächteramtes beteiligt sind, heute in dieser Frage besonders groß. Denn auch das Wort der Kirche zur Frage der Friedenssicherung kann der Gefahr der Entwertung unterliegen, dann nämlich, wenn dieses Wort von Gläubigen und Bürgern propagandistisch verstanden oder mißverstanden wird: Wenn also der Anschein entstünde, hier werde einseitig Partei ergriffen, sehr schwierige Probleme grob vereinfacht, an der Faktenlage vorbeigesehen und für Lösungen geworben, die in den Augen vieler Bürger und Christen entweder keine Lösungen sind oder aber als Zugeständnisse an welche Parteiung auch immer begriffen werden. Nicht zuletzt entscheiden über solche – gewiß falsche – Eindrücke Sprache und Diktion, in der diese Veröffentlichungen erfolgen. Sie sollten jeden Anschein von Agitation vermeiden. Der mündige Bürger und Christ muß besorgt sein, wenn er glaubt festzustellen, daß kirchliche Stellungnahmen zu zeitlichen Fragen in der Sache unzulänglich und im Ton unangemessen

sind. Die Glaubwürdigkeit der Kirche, zu den entscheidenden Fragen der Zeit zu sprechen, stünde dann auf dem Spiel. Moralische Urteile ohne Nachweis von Sachverstand, ohne den hinlänglich deutlich gemachten Willen, die politische Konstellation voll ernst zu nehmen, fördern nicht die notwendige Gemeinsamkeit all derer, die sich unermüdlich für die Friedenssicherung heute einsetzen. Es war die Sorge um die Glaubwürdigkeit kirchlicher Stellungnahmen zu zeitlichen Fragen, die Heinz Trettner veranlaßt hat, sich so ausführlich mit dem ersten Teil des Dokuments der römischen Kommission auseinanderzusetzen.

Im anschließenden Beitrag ist der Originaltext des Dokuments kursiv gesetzt. Die Anmerkungen folgen im normalen Schriftsatz.

I. Der Rüstungswettlauf

Er ist uneingeschränkt zu verurteilen

ANMERKUNG: Mit dem »Sammelbegriff« Rüstungswettlauf wird ein weltweites, sehr komplexes Geschehen in unserer heutigen Welt bezeichnet, das in jeder Hinsicht in sich widersprüchlich und schillernd, schwer zu beschreiben und noch schwerer zu beurteilen ist. Wissenschaftlich verlässliche Statistiken fehlen vielfach. Aber schon die Tatsache, daß neunzig Prozent des Waffenhandels durch Staaten und nicht durch private Unternehmen getätigt werden, weist darauf hin, daß die politischen Gründe die geschäftlichen dominieren, ohne letztere auszuschließen. Die Aufrüstung des eigenen Staates oder befreundeter Staaten kann sehr verschiedenen Motiven entspringen. Man muß also differenzieren, und die Bewertung des Einzelfalles muß sich nach der Stichhaltigkeit und der moralischen Qualität der Gründe richten, wobei friedenserhaltende und freiheitssichernde Rüstungsanstrengungen positiv, Herrschaft anstrebende und Unruhe stiftende negativ zu beurteilen sind.

Auch wenn er von der Sorge um berechnete Selbstverteidigung getragen wird, wegen der Art moderner Waffen und angesichts der Gesamtlage der Welt (Lahmlegung der Atomkräfte: da in ihren gegenseitigen Beziehungen jeder größere Konflikt ausgeschlossen ist, entstehen um so mehr kleinere Konflikte am Rand der durch Kernwaffen abgesicherten Zone)

ANMERKUNG: Die Superkräfte – um diese handelt es sich hier – werden keineswegs lahmgelegt, sondern nur daran gehindert, ihre gegenseitigen Konflikte gewaltsam auszutragen.

Gerade das ist ja die friedenserhaltende Wirkung der sogenannten »wissenschaftlichen Waffen«, die ihre Existenz rechtfertigt und eine Zukunft ohne Weltkriege verspricht. Daß es eine durch Kernwaffen abgesicherte Zone gibt, ist zutreffend und zu begrüßen, denn auch zwischen diesen Zonen kann es keinen Krieg mehr geben, wodurch die Friedenszone auf einen beachtlichen Teil der Welt ausgedehnt worden ist.

Daß durch die Befriedung der Atomkräfte um so mehr kleinere Konflikte am Rande entstehen sollen, ist *prima facie* nicht einzusehen. Ein Kausalzusammenhang müßte erst nachgewiesen werden. Außerdem ist es fraglich, ob die kleineren Konflikte zahlreicher geworden sind als früher.

bedeutet der Rüstungswettlauf:

1. Eine Gefahr: Ob die Waffen ganz oder teilweise eingesetzt oder nur angedroht werden, durch sie wird die Abschreckung bis zur Erpressung getrieben und zur Norm der zwischenstaatlichen Beziehungen

ANMERKUNG: Diese Behauptung ist in sich unlogisch. Das Gleichgewicht der Kräfte bedeutet Abschreckung beider Seiten und damit auch eine Sperre für jede Erpressung.

Erstmals in der Geschichte kann auch ein kleiner Staat – falls er Atomwaffen besitzt – frei mit einem größeren verhandeln. Er ist nicht mehr erpreßbar.

Die atomaren Habenichtse müssen sich mit einer Atommacht verbünden, wenn sie ähnliche Sicherheit genießen wollen. Erst ein erhebliches Ungleichgewicht der Kräfte kann die Erpressung wieder möglich machen.

Davon daß der Rüstungswettlauf die Abschreckung zur Norm der zwischenstaatlichen Beziehungen macht, ist in der Wirklichkeit nichts zu spüren. Noch nie hat es in der Welt so viele Konferenzen, Ministerbesuche und demokratische internationale Institutionen gegeben wie heute. Alle diese Einrichtungen und Aktionen können nicht als erpresserische Normen bezeichnet werden, es sei denn, man hänge einem überholten Verständnis nationaler Souveränität an. Diese ist längst nicht mehr absolut, sondern nur noch relativ.

»Justitia et Pax« verweist an dieser Stelle auf die Pastoralkonstitution »Gaudium et Spes«, Nr. 80: »Ja, wenn man alle Mittel, die sich schon in den Waffenlagern der Großmächte befinden, voll einsetzen würde, würde sich daraus eine fast totale und gegenseitige Vernichtung des einen Gegners durch den andern ergeben, abgesehen von den zahllosen Verwüstungen in der Welt, die dem Gebrauch solcher Waffen als verhängnisvolle Nachwirkungen folgen.« Diese Schilderung der furchtbaren Folgen eines Atomwaffeneinsatzes ist völlig zutreffend. Daraus bezieht die Abschreckungspolitik ihre Wirkung.

Diese Nr. 80 deckt aber nicht die Behauptungen der Kommission in Ziff. 1.

2. Eine Ungerechtigkeit. Tatsächlich ist er:

a) Eine Verletzung des Rechts durch den Primat der Gewalt: Die Anhäufung der Waffen wird zum Vorwand für einen Wettkampf um die Macht

ANMERKUNG: Das Gegenteil scheint mir richtiger zu sein: Das Recht wird geschützt durch die Macht. Zumindest muß diese Umkehrung für alle die Staaten gelten, die sich einer defensiven Außenpolitik befleißigen. Totalitäre Staaten gehen in ihren Rüstungsanstrengungen oft über das Maß des zur Verteidigung Notwendigen hinaus, weil sie die bewaffnete Macht zur Abstützung ihrer expansiven Politik – so oder so – einsetzen wollen. Leider entsteht dadurch tatsächlich ein Wettüben, das nur zu bedauern ist. Trotz dreißigjähriger Abrüstungsverhandlungen hat aber noch niemand einen Weg zeigen können, wie man aus diesem Dilemma herauskommt.

Im übrigen hat das Gleichgewicht der Macht es ermöglicht, dem Recht vermehrt Geltung zu verschaffen. Die ständige Weiterentwicklung des Völkerrechts, die internationalen Gerichtshöfe und Versammlungen sind ein sichtbarer Beweis für die gestiegene Bedeutung des Rechts.

Trotzdem hält die Entwicklung des Völkerrechts offensichtlich mit den umwälzenden politischen und technischen Veränderungen nicht Schritt. Hierfür kann man

aber kaum die Rüstungen verantwortlich machen. Der eigentliche Grund für dieses Hinterherhinken der Rechtsentwicklung sind die auf ideologischen Vorurteilen beruhenden unterschiedlichen Auffassungen von Recht und Gerechtigkeit.

»Justitia et Pax« verweist an dieser Stelle auf eine Ansprache Pauls VI. an das »Studienkomitee für den Frieden« vom 22. 3. 1975, und zwar auf den Satz: »Waffenproduktion und Waffenhandel nehmen weiter zu, schüren Konflikte und vervielfachen die Gefahren eines Krieges.«

Diese Feststellung des Heiligen Vaters trifft ohne Zweifel auf viele Punkte in der Dritten Welt zu. Ebenso muß aber auch gesehen werden, daß durch rechtzeitige Bewaffnung Staaten in die Lage versetzt wurden, ihre Freiheit zu bewahren (z. B. Griechenland und die Türkei). Es muß also differenziert werden.

b) Eine Veruntreuung: Die ungeheuren Summen, die zur Herstellung und Lagerung von Waffen verwendet werden, stellen eine wahre Unterschlagung vonseiten der Führungskräfte der großen Nationen oder der begüterten Bündnissysteme dar

ANMERKUNG: Die Begriffe »Veruntreuung« und »Unterschlagung« stammen aus dem Strafrecht und haben ein entscheidendes Element des Verborgenen und Verheimlichten gemeinsam.

Es ist offensichtlich, daß diese Begriffe in einem Rechtsstaat und einer offenen Gesellschaft fehl am Platze sind

Bei autoritären und totalitären Regimen mögen sie sinnvoll sein, wenn die Rüstungsausgaben das Maß des Notwendigen überschreiten. Über das, was notwendig ist, entscheiden diese Regime natürlich selbst.

»Justitia et Pax« verweist hier auf ein Schreiben Pauls VI. an den Generalsekretär der UN, U Thant, bei der Wiederaufnahme der Arbeiten der »Gruppe der Achtzehn für Abrüstung« in Genf vom 24. 1. 1966: »Es kann nicht geleugnet werden: Jeder Tag der vergeht, macht aufs neue klar, daß es zu keinem beständigen Frieden unter den Menschen kommen kann, wenn kein wirksamer, allgemeiner und kontrollierter Abbau der Waffenvorräte vorgenommen wird. Jeder Tag, der vergeht, läßt ebenfalls den Kontrast immer schmerzlicher und erregender empfinden zwischen den ungeheuren Summen, die zur Fabrikation von Waffen ausgegeben werden, und dem unermesslichen, noch wachsenden materiellen Elend von mehr als der Hälfte der Menschheit, die immer noch darauf wartet, daß ihre elementaren Bedürfnisse befriedigt werden.«

Diese Worte des Papstes haben nach über zehn Jahren noch ihre volle Aktualität. Seit 1968 hat die Nato ihrer Verteidigungspolitik eine Entspannungskomponente angefügt. Aber trotz aller Vorleistungen dieser Entspannungspolitik haben sich auf dem Abrüstungsgebiet nur geringe Begrenzungen durchsetzen lassen, wobei die vereinbarten Höchstmengen teilweise so hoch waren, daß die Sowjetunion ihre Rüstungskapazität voll ausnützen konnte. Da sie sich auf örtliche Kontrollen grundsätzlich nicht einläßt, bedurfte es der Entwicklung von Raumsatelliten, um wenigstens ungefähr die Einhaltung der Abmachungen überwachen zu können.

Der klare Widerspruch zwischen der verschwenderischen Überproduktion an Rüstungsmaterial und der Summe unbefriedigter Lebensbedürfnisse (Entwicklungs-

länder und die Randgruppen und Armen in der Wohlstandsgesellschaft) ist schon ein Angriff auf jene, die seine Opfer sind. Ein Angriff, der zum Verbrechen wird: selbst wenn man die Waffen nicht tatsächlich anwendet, allein schon durch ihre Kosten töten sie die Armen, denn sie verurteilen diese zum Hungertod.

ANMERKUNG: »Justitia et Pax« verweist hier auf die Radio-Botschaft Pauls VI. vom 22. 12. 1974: »Wir wagen zu wünschen, daß die Regierenden klug und großherzig den Weg der Abrüstung beschreiten und hochherzig für die Zukunft einen wenigstens teilweisen und allmählichen Einsatz ihres Militärhaushaltes für humanitäre Zwecke vorsehen, und zwar nicht nur zum Vorteil ihrer eigenen Staaten, sondern auch zugunsten der Entwicklungsländer, die sich in Not befinden. Hunger, Elend, Krankheit und Unwissenheit rufen ohne Unterlaß nach Hilfe.«

Wohlthuend unterscheiden sich die Worte des Papstes von den aggressiven Formulierungen der Kommission.

Zunächst ist festzustellen, daß es in der westlichen Welt eine »verschwenderische Überproduktion« von Rüstungsmaterial nicht gibt. In jedem Jahr wird in den Parlamenten schwer darum gerungen, was an Rüstung wirklich notwendig und deshalb zu bewilligen ist. Seit ihrem Bestehen fordert die Nato ausdrücklich »minimum forces«. Natürlich kann man über das, was notwendig ist, verschiedener Meinung sein. Aber es widerspricht dem Geist des Konzils, den von den Völkern dafür bestimmten und verantwortlichen Politikern in ihre schweren und mit gründlicher Sachkenntnis gefällten Entscheidungen hineinzureden und ihnen in anmaßendem Ton kriminelles Verhalten vorzuwerfen.

Zwischen der Rüstungsproduktion und den unbefriedigten Bedürfnissen der Entwicklungsländer und Randgruppen besteht keine direkte, sondern eine indirekte Beziehung: Die Industriestaaten können Hilfe für die Armen erst leisten, wenn ihre äußere Sicherheit garantiert ist. Daß dazu Rüstung erforderlich ist, bedauern alle, bestreitet aber kein Vernünftiger.

So ist es übertrieben zu formulieren, die Kosten töteten die Armen und verurteilten sie zum Hungertod.

Man versteht die vom Zweiten Vatikanischen Konzil ausgesprochene Verurteilung, die von der Synode 1974 erneuert wurde: »Der Rüstungswettlauf ist eine der schrecklichsten Wunden der Menschheit, er schädigt unerträglich die Armen« (GS Nr. 81). Er ist ein »unerträgliches Ärgernis« (PP, Nr. 53)

ANMERKUNG: Man sollte tatsächlich alle Kräfte dafür einsetzen, den Rüstungswettlauf so bald als möglich zu beenden. Auf die Hauptschwierigkeit hat Papst Paul VI. in seiner Botschaft zur Feier des Weltfriedenstages am 1. 1. 1976 selbst hingewiesen. Auf Seite 13 erwähnt er die »Tatsache, daß die militärische Abrüstung gemeinsam und umfassend vorgenommen werden muß, soll sie nicht zum unverzeihlichen Fehler eines utopischen Optimismus, einer blinden Naivität und verlockenden Gelegenheit werden, die nur dem Machtanspruch anderer von Nutzen ist. Die Abrüstung wird entweder von allen durchgeführt oder sie wird zu einem schweren Vergehen unterlassener Verteidigung.«

Genau das ist das Problem!

3. *Ein Irrtum. Eines der hauptsächlichsten Argumente, die man gewöhnlich zugunsten des Rüstungswettlaufs anführt, ist die Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit, die sich mit der Schließung der Waffenfabriken und Arsenale ergeben würden. Bei einer plötzlichen Kursänderung könnte das zutreffen. Andererseits haben jedoch die Industriegesellschaften trotz ständiger Produktionsumstellungen ihren Wohlstand vermehrt. Die Umstellung von der Herstellung und Vermarktung von Militärgütern auf die Produktion von Gebrauchsgütern erweist sich als durchaus möglich, wenn man sie langfristig plant. Sie liegt besonders deshalb im Bereich der Möglichkeiten, weil sie neue Arbeitsplätze schafft, die zum Beispiel die Durchführung größerer notwendiger Arbeiten zum Umweltschutz erlauben*

ANMERKUNG: Außer reinen Interessenvertretern aus der Rüstungsindustrie gebraucht niemand dieses ökonomische Argument, einfach aus dem einen Grunde, weil es volkswirtschaftlich unrichtig ist. Der Waffenhandel hat bis 1945 nie auch nur ein Prozent des Welthandels ausgemacht. (Nach 1945 mögen etwas größere Werte erreicht worden sein. Leider gibt es keine einwandfreie Statistik darüber.) Eine Umstellung der überflüssigen Kapazitäten auf zivilen Bedarf ist nach allen großen Kriegen mühelos gelungen.

4. *Ein Vergehen. Der Ablehnung einer solchen Umstellung »muß der Mensch und erst recht der Christ ganz energisch entgegentreten«, denn »wie kann man zulassen, für Hunderttausende nur dadurch Arbeitsplätze zu beschaffen, daß man sie zum Bau von Werkzeugen des Todes anstellt?« (Paul VI., Ansprache an das diplomatische Korps, 10. 1. 1972.)*

ANMERKUNG: Den Worten des Papstes kann man uneingeschränkt zustimmen, doch müßte man sie im Zusammenhang lesen. So, wie sie hier isoliert angeboten werden, rufen sie den Eindruck hervor, als ob Waffen »auf Halde« produziert würden, um Arbeitsplätze zu erhalten. Das aber ist wirtschaftlich nicht möglich. Jede Produktion, auch die Waffenherstellung, wird von der Nachfrage bestimmt. Wenn keine Abnehmer mehr da sind (die, aus welchen Gründen immer, glauben, Waffen kaufen zu sollen), wird die Waffenproduktion von selbst eingestellt.

In Ziff. 3 und 4 scheinen unterschwellig »antikapitalistische« Vorurteile mitzuschwingen

Ein Wahnsinn. Dieses System internationaler Beziehungen, das auf Angst, Gefahr und Unrecht beruht, stellt eine Art kollektiver Hysterie dar; einen Wahnsinn, über den die Geschichte ihr Urteil fällen wird. Er ist sinnlos, weil er ein Mittel darstellt, das seinen Zweck verfehlt. Der Rüstungswettlauf garantiert keine Sicherheit.

a) *Was die Kernwaffen angeht, führt der Rüstungswettlauf nicht zu größerer Sicherheit, da es ja bereits ein Übermaß solcher Waffen gibt (overkilling); er schafft nur zusätzliche Risiken, indem er Unsicherheiten aufkommen läßt, die das »Gleichgewicht des Schreckens« stören können*

b) *Was die klassischen Waffen angeht, so setzt ihre Vermehrung, insbesondere in den Ländern der Dritten Welt (Waffenhandel) das regionale Gleichgewicht aufs Spiel und kann so Ursache von Konflikten werden oder schon bestehende Konflikte verschärfen*

ANMERKUNG: Befürchtungen von Staatsmännern und Politikern, die sich auf wissenschaftlich arbeitende Nachrichtendienste stützen, sollte man nicht als Hysterie bezeichnen. Es gibt zu viele Beispiele aus der jüngsten Geschichte, die die Berechtigung solcher Befürchtungen beweisen. Man sollte die unter ungeheurem Verantwortungsdruk stehenden Männer ernst nehmen.

Zudem kann niemand und nichts die Tatsache aus der Welt schaffen, daß es zwischen den Supermächten und den zugeordneten Bündnissystemen trotz vieler schwerwiegender Konflikte grundsätzlicher und aktueller Art seit dreißig Jahren keinen Krieg mehr gegeben hat. Das ist ein geschichtlicher Erfolg der Abschreckungsstrategie.

Der Rüstungswettlauf auf dem Kernwaffensektor ist längst vom Quantitativen auf das Qualitative verlagert worden. Das Gleichgewicht der Kernwaffenrüstungen ist kein statisches, sondern ein stets neu zu stabilisierendes. Das liegt an den ständigen schnellen Fortschritten der Technologie, nicht am bösen Willen einzelner Menschen. Solche Zwänge hat es immer gegeben, man kann sich ihnen nicht entziehen.

Wer sich über Unsicherheiten beklagt, hat das Wesen der Abschreckungsstrategie nicht verstanden. Unkalkulierbarkeit, also Unsicherheit, ist eines ihrer wesentlichsten Elemente.

Der Waffenhandel mit konventionellen Waffen muß differenziert gesehen werden. In Europa z. B. hat das schnelle Gleichziehen der Sowjetunion auf dem nuklearen Gebiet zu einem verstärkten Bedarf an konventionellen Waffen geführt, um das verlorengegangene regionale Gleichgewicht wiederherzustellen. In den Ländern der Dritten Welt entstehen Spannungen und Konflikte aus Ungerechtigkeiten und politischen Fehlentscheidungen, nicht aus Waffenlieferungen. Der Waffenhandel kann bestehende Gleichgewichte stören bzw. wiederherstellen. Je nach seiner Wirkung kann er sittlich erlaubt oder unerlaubt sein.

Von großem Einfluß sind natürlich auch die politischen Interessen der Großmächte. Sie sind erheblich, aber nicht entscheidend.

Ob es sich also um atomare oder klassische Waffen handelt, ob um Großmächte oder kleinere Staaten, der Rüstungswettlauf ist in jedem Fall zu einem sich steigenden Prozeß geworden, der unabhängig von Angriffsabsichten seine eigene Dynamik hat und der Kontrolle durch die Staaten entgleitet. Er gleicht einer dem Wahnsinn verfallenen Maschine.

Daß der Rüstungswettlauf Eigendynamik entwickelt, kann nicht bestritten werden. Aus diesem Grunde wird seit vielen Jahren eine weltweite Rüstungskontrollpolitik betrieben, die allerdings bisher nur bescheidene Erfolge aufzuweisen hat. Immerhin ist – das kann man schon jetzt sagen – der Gefahr vorgebeugt worden, daß die Rüstungsdynamik der Kontrolle der Staaten entgleitet.

Im übrigen hat sich der Rüstungsaufwand des Westens in den letzten Jahren nicht gesteigert, sondern eher vermindert. Für die Bundesrepublik betragen die gesamten Verteidigungskosten ausschließlich der Hilfen für Westberlin 3,6 Prozent des Bruttosozialprodukts. Das rechtfertigt sicher nicht das naturwissenschaftlich sonst eindrucksvolle Bild einer »dem Wahnsinn verfallenen Maschine«.

Die Kommission weist in diesem Abschnitt wieder auf zwei Papstworte hin, die die schreckliche Wirkung der heutigen Waffen treffend wiedergeben:

Paul VI., Ansprache an das Diplomatische Korps, 11. 1. 1975: »Dieser ›Schrecken‹, den man mühsam in einer Art ›Gleichgewicht‹ zu halten versucht, ist und wird allgemein als die wichtigste, wenn nicht sogar einzige Garantie gegen derlei Abenteuer angesehen. Diese scheinen sogar denjenigen als zu gewagt, die sich für stark genug halten könnten, den Gegner zu überwinden und erfolgreich aus dem Konflikt hervorzugehen.«

Paul VI., Radiobotschaft zum Weihnachtsfest, 20. 12. 1968: »Die Zerstörungsmacht des modernen Menschen ist unberechenbar, und die fatale Wahrscheinlichkeit, daß diese Macht zur Verwüstung der menschlichen Gesellschaft eingesetzt wird, hängt von in tragischer Weise freien Entscheidungen ab, die weder Wissenschaft noch Technik von sich aus beherrschen können. Und so geschieht es, daß die Angst an die Stelle der Hoffnung tritt.«

Man sagt oft, die Abrüstung sei ein »abgenütztes, erschöpftes Anliegen«. (Sie ist schon oftmals gescheitert. Man spricht davon – so heißt es – schon allzu lange, ohne daß Erfolge zu sehen sind.) Aber ist nicht vielmehr die Aufrüstung das abgenutzte Anliegen? Läßt nicht die Forderung nach Rüstungswettlauf täglich mehr erkennen, wie veraltet und überholt dieser ist? Muß man, wenn man den Erfolg oder die Wirksamkeit der Rüstung am Frieden messen will, den sie hervorgebracht hat, nicht eher von einem Mißerfolg sprechen?

ANMERKUNG: Die geringen Erfolge der jahrzehntelangen Abrüstungsverhandlungen stellen die Geduld aller Beteiligten auf eine harte Probe.

Solange sich nicht beide Seiten eindeutig zum Paritätsdenken bekennen, kann mit einem Durchbruch nicht gerechnet werden. Trotzdem müssen die Gespräche fortgesetzt werden, weil es keine andere Möglichkeit gibt, zu einer fühlbaren Abrüstung zu kommen.

Von einem Mißerfolg der Rüstung kann man nur dann sprechen, wenn man den Begriff »Frieden« mit utopischen Vorstellungen betrachtet. »Frieden« ist im völkerrechtlichen Sinne die Abwesenheit von Krieg. Das, und nur das, soll die militärische Rüstung sicherstellen. Es ist ihr in Europa dreißig Jahre lang gelungen.

Es ist sachlich nicht berechtigt von Mißerfolg zu sprechen, weil die Beziehungen der Völker noch nicht jene höhere Art von Harmonie aufweisen, die aus einer echten und dauerhaften Verständigung hervorgeht.

Daran zu arbeiten ist unsere Aufgabe, die aber nur in Angriff genommen werden kann, wenn jene geringere Art von Frieden gesichert ist.

Im übrigen gibt es im Westen keine Forderung nach Rüstungswettlauf. Das Ziel der westlichen Rüstungsanstrengungen ist immer nur die Wahrung der Parität, die Ergebnisse der SALT-Verhandlungen beweisen das in aller Deutlichkeit.

Die Kirche verurteilt den Rüstungswettlauf

Auch das Konzil ist hier kategorisch. Es verurteilt radikal den Einsatz von Massenvernichtungswaffen. Es handelt sich hier sogar um die schärfste Mißbilligung überhaupt, die das Konzil ausspricht.

»Deshalb macht sich diese Heilige Synode die Verurteilung des totalen Krieges, wie sie schon von den letzten Päpsten ausgesprochen wurde, zu eigen und erklärt: Jede Kriegshandlung, die auf die Vernichtung ganzer Städte . . . und ihrer Bevölkerung unterschiedslos abstellt, ist ein Verbrechen gegen Gott und gegen den Menschen, das fest und entschieden zu verwerfen ist« (GS, Nr. 80)

ANMERKUNG: Der Konzilstext ist richtig wiedergegeben, jedoch unrichtig interpretiert. Er deckt nicht die Behauptung, das Konzil verurteile »radikal den Einsatz von Massenvernichtungswaffen«.

Um diesen entscheidenden Satz ist seiner Zeit schwer gerungen worden. Die Verurteilung bezieht sich eindeutig nicht auf die Atomwaffen an sich, sondern auf ihren »unterschiedslosen« (*indiscriminativ*) Einsatz. Das ist ein entscheidender Unterschied.

Was die Abschreckung angeht, so kann man sie, wenn sie »auf diese ungewöhnliche Art mögliche Gegner abzuschrecken« imstande ist (GS, Nr. 81), höchstens als »die Frist betrachten, die uns noch von oben gewährt« wird (a. a. O.); kurz, eine Frist, die wir »nützen« müssen (a. a. O.), und zwar bald, denn hier arbeitet die Zeit nicht für uns. »Der Rüstungswettlauf . . ., statt daß dieser die Ursachen des Krieges beseitigt, drohen diese dadurch sogar eher weiter zuzunehmen . . . Anstatt die Spannungen zwischen den Völkern wirklich und gründlich zu lösen, überträgt man sie noch auf andere Erdteile« (a. a. O.).

Man kann also in diesem Rüstungswettlauf nur eine Übergangsform »von der alten Knechtschaft des Krieges« (a. a. O.) zu einem neuen System sehen, einer neuen Lösung, neuen »Methoden« . . ., unsere Meinungsverschiedenheiten auf eine Art und Weise zu lösen, die des Menschen würdiger ist« (a. a. O.)

ANMERKUNG: Ich halte diese Wertung der Abschreckung für zutreffend. Sie – und damit die Atomwaffe – wird dadurch legitimiert, daß sie ein geeignetes Mittel ist, die für die friedliche Lösung der bestehenden Konflikte notwendige Zeit zu gewinnen.

Sie wird mit Recht als eine Übergangsform bezeichnet, zu einer neuen Lösung, von der leider noch niemand sagen kann, wie man sie erreicht oder wie sie überhaupt aussehen soll. Auch an dieser Textstelle ist nachweisbar, daß von einer absoluten Verurteilung nicht gesprochen werden kann.

Andernfalls dient dieser Wettlauf des Wahnsinns nur einem falschen Frieden und einer falschen Sicherheit. Er wird zum Zweck, statt Mittel zu sein, wie er es sich selbst vormacht. Er macht die Unordnung zum normalen Zustand. Er ist eine Entartung des Friedens.

ANMERKUNG: Die sorgsam abgewogenen Aussagen des Konzils werden dem komplizierten Zusammenhängen besser gerecht als die ungenauen Formulierungen der Kommission.

Der unerwünschte Rüstungsaufwand der Staaten wird den Völkern aus ganz verschiedenen Gründen auferlegt.

Die kommunistischen Staaten unter Führung der Sowjetunion streben militärische Überlegenheit an, um ihre expansive Politik der Ausbreitung des Kommunismus

mus über die ganze Welt abzusichern. Die Ausbreitung ist für sie ein quasi-religiöses Gebot.

Die westlichen Industriestaaten, bei denen man seit zehn Jahren eher eine Stagnation der Rüstungsanstrengungen feststellen kann, versuchen, ihre Verteidigungsfähigkeit zu erhalten.

Innerhalb der Dritten Welt gibt es die verschiedensten Motivationen vom Prestigedenken über nacktes Machtstreben bis hin zur Existenzsicherung. Die Rüstungsausgaben der sogenannten, von kirchlichen Organisationen unterstützten »Befreiungsbewegungen« seien nur am Rande erwähnt.

Das alles einfach mit »Wettlauf des Wahnsinns« zu bezeichnen, ist wenig hilfreich.

Ebenso kann man Frieden und Sicherheit nur als »falsch« bezeichnen, wenn man von einem Begriff des Friedens ausgeht, von dem es heißt, daß die Welt ihn nicht geben könne.

»Justitia et Pax« verweist hier wieder auf ein Wort des Papstes Paul VI. aus seiner Ansprache zum Jahrestag seines Besuches bei den UN vom 4. 10. 1966:

»Und so breitet sich mehr und mehr die innere Überzeugung aus, daß sich wahrer und dauerhafter Friede nicht auf die Macht von mörderischen Vernichtungswaffen und ebensowenig auf die statische Spannung zwischen gegensätzlichen Ideologien gründen kann.«

Der hier herausgestellte Prozeß des Wandels innerer Überzeugungen ist das entscheidende. Ehe er nicht die beiden Machtblöcke erfaßt hat, können solide Fortschritte nicht erwartet werden.

Sei es gelegen oder ungelegen, die Christen müssen nach dem Beispiel des Stellvertreters Christi diese wissenschaftliche Vorbereitung der Menschheit auf ihren eigenen Tod anprangern. Sie müssen auch die Weltöffentlichkeit auf die wachsenden Gefahren aufmerksam machen, die sich aus den Kernwaffenversuchen (Explosionen) sowie aus dem Transport, der Lagerung und der Verbreitung der Atomwaffen ergeben. »Dann geht die Menschheit, die jetzt schon in Gefahr schwebt, trotz all ihrer bewunderungswürdigen Wissenschaft jener dunklen Stunde entgegen, wo sie keinen andern Frieden mehr spürt als die schaurige Ruhe des Todes.« (GS, Nr. 82)

ANMERKUNG: Hier wird der Eindruck erweckt, das Zitat aus dem Konzilstext beziehe sich auf die Atomwaffen, ihren Transport und ihre Lagerung oder auch auf Atomversuche. In GS, Nr. 82 heißt es aber: »Denn wenn nicht Feindschaft und Haß aufgegeben und in Zukunft unverbrüchliche und ehrenhafte Verträge über den Weltfrieden geschlossen werden, kommt die Menschheit, die jetzt schon in großer Gefahr schwebt, trotz ihrer bewunderungswürdigen Wissenschaft vielleicht in jene dunkle Stunde, in der es keinen anderen Frieden als den schauervollen Frieden des Todes gibt.« Das ist doch etwas ganz anderes. Und in der Tat bereiten Atomversuche, Transport und Lagerung von Atomwaffen heute keine technischen Schwierigkeiten mehr. Sie sind ungefährlich. Streitig ist nur, ob die Verbreitung von Atomwaffen friedensgefährdend (so meint die Mehrheit) oder friedensfördernd (so die Minderheit) ist.

Somit wird der Ernst der Diagnose verständlich. In den Augen der Kirche ist die derzeitige Situation einer Pseudo-Sicherheit zu verurteilen:

*1. Im Namen des Friedens, den sie nicht verbürgt. Insbesondere wegen der Atomwaffen: Geächtet werden müssen »diese entehrenden Waffen«; und »verpönt sein sollte jene entsetzliche Kunst, die darin besteht, die Bombe, immer mehr Bomben herzustellen und vorrätig zu halten zum Schrecken der Völker . . . Beten wir, daß diese mörderische Waffe nicht auch den Frieden tötet, indem sie ihn sucht« (Paul VI., zum 20. Jahrestag des Bombenabwurfs auf Hiroshima, Angelus, Sonntag, 8. August 1965: *Insegnamenti di Paolo VI*, Band III, Vatikanstadt 1965, S. 1143; deutsche Übersetzung von der Päpstlichen Kommission *Justitia et Pax* (PKJP) vom italienischen Originaltext)*

ANMERKUNG: Der ganze Text der Ansprache des Heiligen Vaters liegt nicht vor.

Es muß jedoch noch einmal darauf hingewiesen werden, daß die Atomwaffen einen dreißigjährigen Frieden zwischen den Weltmächten und ihren Bündnispartnern bewirkt haben. Das ist ein nicht wegzudiskutierendes Verdienst.

Daß dieser Frieden durch Abschreckung nicht ein Idealzustand ist, wird von niemand bestritten.

Aber nicht die Atomwaffen oder auch andere Waffen sind an sich schlecht, sondern der Gebrauch, der von ihnen gemacht wird, unterliegt moralischen Maßstäben.

Sehr richtig betont GS, Nr. 82, daß der Frieden viel mehr aus dem gegenseitigen Vertrauen der Völker hervorgehen muß. Das ist das eigentliche Problem. Es heißt dann weiter: »Damit die Abrüstung wirklich beginnen kann, muß man nicht einseitig, sondern mit vertragsmäßig festgelegten gleichen Schritten vorgehen, wobei echte und wirksame Sicherung vorgesehen sein müssen« (sic.).

Damit trifft das Konzil wieder den entscheidenden Punkt.

Seit dreißig Jahren versuchen die Nationen in Genf, seit ca. acht Jahren in Wien auf dem hier vorgezeichneten Weg voranzukommen. Mit neuen Initiativen wird man weiter verhandeln und versuchen, die unentbehrlichen Grundlagen für eine Abrüstung zu schaffen. Bevor aber keine Abmachungen getroffen sind, sollte man es vermeiden, gerade die Völker, die wenigstens noch in großen Minderheiten auf die Kirche hören, zu verunsichern und in ihrer Verhandlungsposition zu schwächen.

Die Kommission verweist hier auf ein Wort Pauls VI. aus der Botschaft zum »Weltfriedenstag« 1976 vom 18. 10. 1975: »Wenn das Bewußtsein von der weltweiten Brüderlichkeit in das Herz aller Menschen wahrhaft eingedrungen sein wird, werden sie es dann noch nötig haben, sich zu bewaffnen und sogar zu blinden und fanatischen Mördern von Brüdern zu werden, die an sich unschuldig sind, und zugunsten des Friedens ein Blutbad unerhörten Ausmaßes anzurichten, wie es am 6. August 1945 in Hiroshima geschehen ist?«

Dieses Papstwort halte ich nicht für unbedenklich. Man könnte die utopische Vorbedingung allzu leicht übersehen und aus den Worten des Papstes schließen, daß er alle Soldaten als blinde und fanatische Mörder bezeichnen wolle.

2. Im Namen der natürlichen Sittenlehre und der Ideale des Evangeliums. Der Rüstungswettlauf – zu den ABC-Waffen, aber auch zu den konventionellen mo-

dernen Waffen – richtet sich wegen deren Fähigkeit zu wissenschaftlich exakter Zerstörung gegen den Menschen und gegen Gott. Dieser Wettlauf des Wahnsinns muß daher im Namen der Sittenordnung geächtet werden

ANMERKUNG: Wenn ich richtig informiert bin, hat es im Mittelalter ein kirchliches Verbot der Artillerie gegeben. Es wurde begründet mit der Unberechenbarkeit des einzelnen Schusses, die eine volle Beherrschung der Wirkung ausschloße. Die heute angestrebte Präzision der Waffen erlaubt es, die Wirkung der Waffen auf militärische Ziele zu beschränken und die Nichtkombattanten zu verschonen.

Es ist nicht einzusehen, warum das den moralischen Wert oder Unwert der Waffen verändern sollte.

Und dies hauptsächlich aus zwei Gründen:

a) wenn der verursachte Schaden in keinem Verhältnis mehr steht zu den Werten, die man zu wahren sucht, ist es besser, Unrecht zu leiden, anstatt sich zu verteidigen.

Zumindest, wenn es sich um eine Verteidigung mit solchen Mitteln handelt. Denn das Recht und die Pflicht eines aktiven, wenn auch gewaltlosen Widerstandes gegen ungerechte Unterdrückung bleiben im Namen der Rechte und der Würde des Menschen unangetastet

ANMERKUNG: Hier verweist die Kommission auf ein Wort Pius' XII., aus seiner Ansprache an die Mitglieder der XVI. Sitzung des internationalen Forschungsbüros für Militärmedizin am 19. Oktober 1953:

»Es genügt nicht, daß man sich gegen irgendwelche Ungerechtigkeit zu verteidigen hat, um zur Gewaltmethode des Kriegs berechtigt zu sein. Da die mit dem Krieg verbundenen Schäden in keinem Verhältnis zu denen des »erduldeten Unrechts« stehen, kann es zur Pflicht werden, »Unrecht zu erleiden« . Papst Pius XII. lehrt hier, daß ein Krieg nicht gerechtfertigt ist, wenn die zu erwartenden Schäden des Krieges in keinem Verhältnis zum erlittenen Unrecht stehen. Das kann heißen, daß das Unrecht unverhältnismäßig gering oder daß das Unheil des Krieges (z. B. wegen Aussichtslosigkeit) unverhältnismäßig groß ist. Dem ist zuzustimmen.

Daraus macht aber die Kommission ein Verbot der Verteidigung, wenn es sich um die modernen Waffen handelt.

Aber auch hier muß abgewogen werden, ob die zu erwartenden Schäden größer sind als die Werte, die verteidigt werden sollen.

Dabei muß ein rein materialistisches Denken abgelehnt werden. Wer will die höchsten Güter eines Volkes, wie Freiheit, Kultur und Religion gegen materielle Schäden aufrechnen?

Ja, wer will große Opfer eines Volkes für die Freiheit der ganzen Welt als unangemessen und unmoralisch hinstellen?

Der Hinweis auf das Recht und sogar die Pflicht »eines aktiven, wenn auch gewaltlosen Widerstandes« ist eine Floskel, denn ein solcher Widerstand ist nicht möglich.

b) Da die Rüstung, wenigstens grundsätzlich, nicht mehr die Verteidigung, sondern den Angriff als Ziel hat, verliert sie ihren Seinsgrund, ihre Rechtfertigung und ihre Legitimität

ANMERKUNG: Hier stellt die Kommission eine Behauptung auf, die nicht nur den Erklärungen der Regierungen, sondern auch den Tatsachen der jüngsten Geschichte widerspricht.

Und das ist genau das, was wir derzeit erleben. Der Rüstungswettlauf ist ein Wettlauf der Macht geworden. Er ist bereits zum Mittel geworden, den schwächeren Nationen oder gar den gegnerischen Machtblöcken eine Herrschaft aufzuzwingen. Er steht daher im Dienst eines eindeutigen Imperialismus und Neokolonialismus. Er erlaubt den Großmächten eine neue Aufteilung der Welt unter sich

ANMERKUNG: Hier sind offensichtlich »furchtbare Vereinfacher« am Werk. Statt sorgfältig die Motive für die Rüstungen zu erforschen und danach Wert oder Unwert zu beurteilen, werden ohne den geringsten Versuch eines Beweises den rüstenden Nationen Beherrschungsabsichten, Imperialismus und Neokolonialismus unterstellt.

Das muß die Kommission unglaublich machen, denn ihre Behauptungen lassen sich sehr leicht widerlegen.

Als ein Beispiel unter vielen sei da die Haltung der USA erwähnt, die nach dem Kriege nicht nur konventionell abrüsteten, sondern auch ihre Atomrüstung einer internationalen Behörde unterstellen wollten. Das scheiterte am sowjetischen Widerstand. Die Sowjetunion wollte eine eigene Atomrüstung aufbauen, und die USA ließen sie gewähren, obwohl sie die Macht gehabt hätten, zu intervenieren.

Mit anderen Worten, man kann die Rüstungsbemühungen nicht alle über einen Kamm scheren, sondern muß unterscheiden, je nachdem, ob sie für die berechtigten Sicherheitsbedürfnisse angemessen sind oder ob sie expansive Aktionen ermöglichen sollen.

Auch die Aufteilung der Welt unter die zwei Supermächte hat sich längst als unmöglich erwiesen. China taucht als kommende dritte Weltmacht auf, und in der Dritten Welt vollziehen sich andauernd Umschichtungen, die keineswegs dem Willen der Supermächte entsprechen. Das Spiel der Kräfte ist sehr viel komplizierter als hier angenommen.

Es handelt sich also nicht mehr bloß um einen kalten Krieg, sondern um eine offensive Aktion, um eine unzulässige Aggression und Unterdrückung: »Das Kriegspotential legitimiert auch nicht jeden militärischen oder politischen Gebrauch« (GS, Nr. 79)

ANMERKUNG: Das Zitat aus »Gaudium et Spes« ist unvollständig. Es lautet: »Aber der Krieg ist nicht völlig aus der Welt geschafft. Solange die Gefahr eines Krieges besteht und eine mit ausreichenden Machtmitteln ausgestattete zuständige internationale Autorität fehlt, solange kann den Regierungen, wenn alle Mittel friedlicher Verhandlungen ausgeschöpft sind, das Recht legitimer Verteidigung nicht abgesprochen werden. Den Regierenden aber und all denen, die an der Verantwortung für den Staat beteiligt sind, obliegt die Pflicht, auf das Wohl der ihnen anvertrauten Völker bedacht zu sein und so schwerwiegende Fragen mit entsprechendem Ernst zu behandeln. Aber es ist etwas anderes, militärische Macht einzusetzen, um ein Volk rechtmäßig zu verteidigen, etwas anderes, andere Nationen zu unter-

jochen. Weder legitimiert das Kriegspotenzial (sic) jeden militärischen oder politischen Gebrauch, der davon gemacht wird, noch sind in einem unglückseligerweise ausgebrochenen Krieg zwischen den Gegnern alle Mittel erlaubt.«

Dieser großartige Passus besagt so ziemlich das genaue Gegenteil von dem, was die Kommission glauben machen will.

Der Rüstungswettlauf stellt eine Herausforderung dar, die es psychologisch, wirtschaftlich, sozial und politisch erklärt, daß ein anderer Wettlauf beginnt und sich steigert, nämlich der Wettlauf zu den kleinen Waffen. Der Terrorismus wird tatsächlich oft zum letzten Mittel der Verteidigung gegen diesen Machtmißbrauch durch die Großmächte und zum gewalttätigen Protest gegen die Situation des Unrechts, die von den besser bewaffneten Staaten geschaffen oder aufrechterhalten wird, indem sie ihre Waffen einsetzen oder androhen

ANMERKUNG: Diese Rechtfertigung des Terrorismus in einem vatikanischen Dokument ist nicht zu fassen. Seit langem bemühen sich Experten aus allen Wissenschaften und allen Parteien darum, den tieferen Gründen für den Terrorismus nachzugehen. Bisher ist aber noch niemand auf die Idee verfallen, den Terrorismus auf die militärische Rüstung der Großmächte zurückzuführen.

Dieser abenteuerliche Gedanke wird auch gleich durch die Tatsache widerlegt, daß es in den am höchsten gerüsteten Staaten, nämlich denen des Ostblocks, Terrorismus nicht gibt. Oder ist dort die »Situation des Unrechts« schon überwunden?

Diese Verwendung überlegener Waffen durch die industrialisierten Nationen führt weiterhin dazu, daß sich die Entwicklungsländer auf einen ähnlichen Rüstungswettlauf einlassen. Immer höhere Rüstungsbudgets gewisser weniger begünstigter Länder verzögern weiterhin ihr Wirtschaftswachstum. Die Zunahme autoritärer politischer Systeme in der Dritten Welt ist zugleich Ursache und Wirkung des steigenden Ankaufs (und damit auch Verkaufs) von Waffen durch die Industrienächte

ANMERKUNG: Tatsächlich muß man die übertriebenen Rüstungsausgaben gewisser Entwicklungsländer als entwicklungshemmend bezeichnen.

Ihr Rüstungsgeiz ist aber wohl in erster Linie dem Prestigedenken der jungen Völker sowie ihren machtpolitischen Zielen zuzuschreiben, welche letztere auf Spannungen beruhen, die aus unglücklichen und unorganischen Grenzziehungen entstanden sind.

Die autoritären Regime sind offenbar Ausdrucksformen des Zivilisationsstandes der betreffenden Völker, ihrer Geschichte und ihrer Traditionen.

Wenn von ca. 150 Staaten, die den UN angehören, nur 26 in unserem Sinne demokratische Regime haben, muß man doch wohl den Schluß ziehen, daß Demokratie nicht die geeignete Norm für alle sein kann. Sie setzt einen derartig hohen Stand von allgemeiner Bildung und geistiger Schulung voraus, daß es längerer Entwicklungszeiten bedarf, um die Massen dafür reif zu machen. Mit dem »Ankauf von Waffen durch die Industrienächte« vermag ich da keinen Zusammenhang zu sehen.

Ein solcher Einsatz der Geldmittel für militärische Zwecke bringt andererseits eine Verlangsamung oder Verminderung der Hilfe für die weniger begünstigten Länder mit sich. Er erschwert die Umstellung der Wirtschaft, die Paul VI. wiederholt gefordert hat, sowohl in seiner Botschaft vom 4. Dezember 1964 an die Journalisten in Bombay, wie auch in »Populorum Progressio« (PP, Nr. 53) und »Gaudium et Spes« (GS, Nr. 81): abrüsten zugunsten der Entwicklung

ANMERKUNG: Der hier vermutete Zusammenhang zwischen Rüstungsausgaben und Entwicklungshilfe ist logisch und kann an dem geringen Aufkommen von Entwicklungsgeldern in den überrüsteten Ostblockländern nachgewiesen werden. Andererseits muß anerkannt werden, daß Entwicklungsgelder überhaupt nur bereitgestellt werden können, wenn die Geberländer in Sicherheit produzieren können.

Die Dinge würden anders liegen, wenn die am stärksten bewaffneten Nationen endlich zu einer Verlangsamung und dann zur Einstellung dieses Rüstungswettlaufs als Mittel einer Vormachtstellung anstatt einzig zur Verteidigung von Gut und Leben ihrer Bürger bereit wären.

Die eindringlichen Worte Pauls VI. an Vertreter der Völker der ganzen Welt in seiner Ansprache vor der UNO am 4. 10. 1965 sind heute aktueller und zutreffender als je zuvor: »Legt die Waffen nieder.«

Der klare Tatbestand führt also zu einer ebenso klaren Verpflichtung:

- 1. Der Rüstungswettlauf muß angehalten und*
- 2. die Waffenvorräte müssen abgebaut werden*

ANMERKUNG: Die Forderung, die Rüstung nicht als Mittel zur Erringung einer Vormachtstellung zu benutzen, ist berechtigt. Es ist aber unreal, zu verlangen, daß die Großmächte sich auf den Schutz ihrer eigenen Bürger beschränken und ihre Weltmächtaufgaben vernachlässigen sollen. Die Folgen eines solchen Isolationismus wären katastrophal.

Im Falle der USA z. B. würden dann alle Bundesgenossen – im wesentlichen also alle Industriestaaten – gezwungen, die Aufgaben, die bisher von der Weltmacht erfüllt wurden, nun selbst zu übernehmen. Sie müßten sich stärkere Rüstungen zulegen, um nicht eine leichte Beute der Expansionsbestrebungen der Sowjetunion zu werden. Die Gesamtausgaben für Rüstungszwecke würden mit Sicherheit erheblich steigen und die Mittel für Entwicklungshilfe entsprechend abnehmen.

Die Tatsache, daß in den Bündnissystemen jeweils nur die Führungsmacht über die entscheidenden Atomrüstungen verfügt, stellt bereits eine Art von Rationalisierung dar und bedeutet einen wesentlichen Souveränitätsverzicht vonseiten der kleineren Partner.